

**Vorlage  
zur Beschlussfassung  
für die Bezirksamtssitzung am 27.08.2024**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr. 1268/V vom 17.03.2021  
„Jede Partnerschaft verlangt Akzeptanz – auch bei Städten“  
Drucksachen-Nr. 1830/V  
-----  
BVV-Beschluss-Nr. 1269/V vom 17.03.2021  
„Städtepartnerschaft Poniatowa“  
Drucksachen-Nr. 2110/V
- 2. Berichterstatter/in:** Bezirksbürgermeisterin Schellenberg
- 3. Beschlussentwurf:** Das Bezirksamt beschließt, der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf die beigefügte Vorlage zur Kenntnis zu geben.
- 4. Begründung:** Auf die Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wird verwiesen.
- 5. Rechtsgrundlagen:** § 36 Abs. 2 lit. b) und e) BezVG BE
- 6. Finanzielle Auswirkungen:** Keine
- 7. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung:** Keine
- 8. Veröffentlichung (BVV-BNr: 471/V):** ja
- 9. An der Vorlage hat mitgewirkt:** /

**Vorlage  
zur Kenntnisnahme  
für die Bezirksverordnetenversammlung**

**1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr. 1268/V vom 17.03.2021  
„Jede Partnerschaft verlangt Akzeptanz – auch bei Städten“  
Drucksachen-Nr. 1830/V

---

BVV-Beschluss-Nr. 1269/V vom 17.03.2021  
„Städtepartnerschaft Poniatowa“  
Drucksachen-Nr. 2110/V

**2. Berichterstatter:** Bezirksbürgermeisterin Schellenberg

**3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 17.03.2021 den folgenden Beschluss gefasst:**

„Die Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf nimmt die Resolution des Stadtrates von Poniatowa vom 30. August 2019 bezüglich „Ablehnung Förderung ‚LGBT+‘-Ideologie“ mit Sorge zur Kenntnis.

Auch in Würdigung des Rechts der Selbstorganisation jeder Gemeinde erwarten wir, dass als Mindeststandard die Rechte jedes Menschen, unabhängig von seiner sexuellen Orientierung, insbesondere auf

- Menschenwürde
- Gleichheit vor dem Gesetz
- freie Entfaltung der Persönlichkeit
- körperliche und geistige Unversehrtheit
- Meinungsfreiheit
- Versammlungsfreiheit
- Freizügigkeit
- freie Berufswahl und Berufsausübung
- effektiven Rechtsschutz

jederzeit jedenorts gewahrt werden.

Eine Stigmatisierung auf Grund sexueller Orientierung darf nicht stattfinden.  
Die Freiheit der Meinungsäußerung wie die Toleranz anderen Meinungen und Lebensentwürfen gegenüber stellen das Fundament eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaats dar.

Die Rechte von LGBTQI+ zugehörigen Menschen sind jederzeit zu wahren.  
Es ist die hiermit erklärte Hoffnung der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf, dass unsere langjährige freundschaftliche Verbindung mit unserer Partnergemeinde in Polen dazu beitragen kann, den Austausch zwischen Menschen zu intensivieren, Vorurteile abzubauen und unsere Beziehungen über nationale und gedankliche Grenzen hinweg zu festigen.

Das Bezirksamt wird gebeten, diese Erklärung der BVV an die polnische Partnergemeinde zu übermitteln, wir unterstützen das Bezirksamt bei allen auf den europäischen Grundwerten beruhenden Aktivitäten zur weiteren Förderung der Partnerschaft.“

**Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 17.03.2021 den folgenden Beschluss gefasst:**

„Das Bezirksamt wird ersucht, auf Basis des Briefes an den Bürgermeister von Poniatowa vom 13.05.2020 und der von der BVV beschlossenen Resolution den zivilgesellschaftlichen, kulturellen und schulischen Austausch mit der Partnergemeinde Poniatowa zu verstärken. Dabei sollen die entsprechenden Vereine Stowarszyszenie Marsz Równosci w Lubline, der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD), die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin (DPG) und der Städtepartnerschaftsverein e.V. aktiv eingebunden und konkrete Austauschprogramme mit Schwerpunkt auf die Achtung der Menschenrechte angeregt werden. Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht, sich bei den zuständigen Stellen im Senat für eine angemessene Finanzierung für derartige Austauschprojekte - beispielsweise für Schulen, Museen, Theater oder zivilgesellschaftliche Initiativen - einzusetzen.“

Hierzu wird berichtet:

Das Bezirksamt hat sich am 12.05.2020 mittels eines offenen Briefes an den Bürgermeister und den Stadtrat von Poniadowa gewandt. In dem Schreiben wurde die bezirkliche Solidarität mit der LGBT-Community nachdrücklich betont und eine Rücknahme des Beschlusses zur LGBT-freien Zone gefordert.

In den vergangenen Jahren wurde mit Unterstützung des Lesben- und Schwulenverbands Berlin-Brandenburg (LSVD) und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin der Dialog mit Poniadowa fortgeführt. Es wurde dabei fortwährend eine Besinnung auf die freiheitlich-europäischen Grundwerte angeregt.

Im März 2023 verabschiedete die Stadt Poniadowa einen neuen, deutlich inklusiver gefassten Grundlagenbeschluss zum Verwaltungshandeln. Darin heißt es an zentraler Stelle, dass das Selbstbestimmungsrecht eines jeden einzelnen Menschen zu achten ist.

Das Bezirksamt und der LSVD haben zu dem Sachverhalt eine gemeinsame Pressemitteilung veröffentlicht.

Der Bezirk unterhält aktuell ein freundschaftliches Verhältnis mit der Partnerstadt. Im Juni 2024 gastierten zuletzt Vertreter der BVV und des Städtepartnerschaftsvereins anlässlich eines Stadtfestes in Poniadowa.

Es wird gebeten, die Beschlüsse als erledigt zu betrachten.

Maren Schellenberg  
Bezirksbürgermeisterin